

**Erstveröffentlichung**

Dieser Beitrag wurde präsentiert im

**Panel XII: *Networks of Identity –  
Identities as Networks,*  
13. Dezember 2003.**

1 Jansen, Dorothea: Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Opladen: Leske u. Budrich 2003, p. 48f., p. 169ff.

2 Faßler, Manfred: Netzwerke. Einführung in die Netzstrukturen, Netz-kulturen und verteilte Gesellschaftlichkeit. München: Fink 2001, p. 41.

3 Faßler 2001, p. 155.

4 Förster, Horst: Grenzen – eine geographische Zwangsvorstellung? In: Lemberg, Hans (Hg.): Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Marburg: Herder-Inst. 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 10), pp. 19-38, hier p. 19f.; Haslinger, Peter: Funktionsprinzip Staatsgrenze: Aspekte seiner Anwendbarkeit im Bereich der Ost-europaforschung. In: Lemberg 2000, pp. 57-66, hier p. 57f.

5 Karp, Hans-Jürgen: Grenzen – ein wissenschaftlicher Gegenstand. In: Lemberg 2000, pp. 9-18, hier pp. 11-15

6 Haslinger 2000, p. 61.

7 Haslinger 2000, p. 59.

Netzwerke/Vernetzungen, deren Analyse und ihre kulturwissenschaftliche Relevanz geben, das hat das Programm der im Dezember 2003 in Budapest abgehaltenen NCS/NKW-Koferenz bewiesen, ein breites und v.a. schwer abgrenzbares Arbeitsfeld ab. An dieser Stelle sollen Netzwerke und Vernetzungen mit dem kulturwissenschaftlichen und historischen Interesse am Osten Europas und mit der Erforschung eines ethnisch-kulturellen Grenzraumes verknüpft werden. Eine ganze Reihe von netzwerkähnlichen Strukturen, die in jüngeren Arbeiten über den galizischen Raum vor und nach 1918 festgestellt wurden, können dafür überblicksartig synthetisiert werden.

Kulturwissenschaftliche Netzwerke/Vernetzungen sind v.a. in der Analyse sozialer Netzwerke (Austauschprozesse in traditionellen Gesellschaften, interpersonelle Netzwerke für Meinungsbildung und öffentliche Kommunikation, soziale Modernisierung und Verstärkung sowie soziale Integration und Unterstützung, Netzwerke und soziale Mobilität, Netzwerke und Macht) und dem Aspekt der Belebung ihrer Infrastruktur fassbar.<sup>1</sup> Die »Biografisierung« durch Erinnern, Deuten, Abgrenzen und Lernen, wie sie für Netzwerke als konstituierend festgestellt wurde, wird ebenso relevant wie die Idee der »medialen Kommunalisierung« durch Erweiterung des Raumes (Anwesenheit, Gruppenbezüge, Verlässlichkeit, Wiedersehen) und die »Kultivierung, Entwicklung und Verbreitung von Verständigungsmustern«.<sup>2</sup> Das Netz ist somit die »immer reichhaltigere Beschreibung der Wege und Arten von Verständigung, Anwesenheit, Strukturen der Nähe und Weite, der Reichweiten und kulturübergreifenden Orientierungsbildungen«<sup>3</sup> hat aber auch eine virtuelle Dimension für nichtempirische Strukturen und unsichtbare, künstliche oder gedachte Zusammenhänge – und somit auch für unsichtbare, künstliche oder gedachte Grenzen.

Der Begriff »Grenze« geht, wie Jacob Grimm erkannte, auf slawische Wurzeln zurück und wurde ursprünglich v.a. für Zeichen abgrenzender Markierung – also für den klar sicht- und wahrnehmbaren Aspekt der Grenze – verwendet. Der Schwerpunkt der aktuellen Forschung hingegen liegt auf »verwischten« ethnisch-kulturellen Ab- und Ausgrenzungen, auf In- und Exklusionsmechanismen. Zusätzliche Aktualität erhielt das Thema der Grenzraumforschung durch ihren zeitlich-räumlichen (d.h. historisch-geografischen) interdisziplinären Charakter. Zuletzt hat sich zudem die Fokussierung des Blickes auf die Mikroebene als fruchtbar erwiesen.<sup>4</sup> Darüber hinaus sind Grenzen doppelspurig wirksam: Einerseits werden sie vom Staat gesteuert, andererseits wirken sie zur Herausbildung lokaler Interessen, zur Wahrung lokaler Identitäten.<sup>5</sup> Vor allem diese »lokalen und regionalen Faktoren«<sup>6</sup> implizierten eine Eigendynamik, die die Grenze ihrerseits zum Zentrum einer Region mit der Möglichkeit der Ausdifferenzierung von Austausch und Interaktion machen kann. Genau an dieser Stelle, bei Stellung der Frage, welche Strukturen grenzüberschreitend wirken, ergibt sich die Möglichkeit, nach der Bildung und Wirkung von Netzwerken zu fragen. Daran können Untersuchungen angeschlossen werden, ob die Grenze die Kommunikation gehemmt oder begünstigt hat, ob – um die positive Antwort vorwegzunehmen – Kommunikation/Interaktion trotz oder gerade wegen der Grenze funktioniert hat.

**Eine kurze Charakteristik der galizischen Grenze im 19. Jahrhundert**

Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts (1772-1795), als technische Mittel für Grenzvermessung, -markierung und Kartografierung Konjunktur hatten,<sup>7</sup> wurde Polen-Litauen zwischen seinen (über)mächtigen Nachbarn Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt. Der von österreichischer Seite beanspruchte Teil wurde als Galizien-Lodomerien dem Habsburgerreich angegliedert und einverleibt.

Die somit entstandene neue Grenze prägte das politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und alltägliche Leben in den unmittelbar betroffenen Gebieten bis 1918. Dabei ergab sich implizit ein kultureller Konflikt: Die alte, regulierungsfeindliche polnisch-litauische Adelsgesellschaft und der neue, territorial-absolutistische Zentralstaat mussten zu einem Konsens kommen.

Aber auch andere Spannungen des 19. Jahrhunderts wirkten auf die vielbeschworene Heterogenität und Identitätsvielfalt in Galizien und an seiner Außengrenze; die Entwicklung im

Bereich der Nationenbildung ist hier ebenso einschneidend wie die ökonomischen Umbrüche unter dem Vorzeichen der Modernisierung (Urbanisierung, Industrialisierung).

### Wie homogen war die Grenze in geografischer Hinsicht?

»Das Besondere im Fall Galiziens liegt nun darin, daß in einem Raum eine Grenze gezogen wurde, wo nie zuvor eine war.«<sup>8</sup> Mit diesem Satz ist das prinzipielle Problem der galizischen Grenzziehung gut charakterisiert, nämlich der Umstand, dass in dem Gebiet, wo die Grenze zwischen den Imperien Österreich und Russland etabliert wurde, Merkmale zur räumlichen Gliederung an der Ostgrenze über weite Strecken nicht vorhanden sind bzw. nicht wahrgenommen wurden. Folgte die Grenze im Westen dem Verlauf der Weichsel und ganz im Osten dem wesentlich weniger prägnanten Zbrucz, so war dazwischen, namentlich östlich des San-Zuflusses, kein vergleichbar deutlich in Erscheinung tretendes geografisches Grenzelement wahrnehmbar.

Die Ambivalenz zwischen wirtschaftlicher und sozialer Einheitlichkeit einerseits und ethnisch-kulturell-konfessioneller Vielfalt andererseits ist ebenfalls charakteristisch für die Region. Diese Vielfalt wurde auf der Ebene der literarisch transformierten, aber auch auf der administrativ erhobenen deutlich.<sup>9</sup> Sie schlägt sich zwangsläufig auch auf die gesellschaftlichen Vernetzungen innerhalb der und zwischen den Bevölkerungsgruppen nieder.

Gerade im Osten der Region Galizien war die kaiserliche Grenzziehungspolitik den uneindeutigen Verhältnissen entsprechend offensiv – Galizien sollte daher wegen seiner räumlichen Exponiertheit in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zum »Krisenherd«<sup>10</sup> werden.

Die Grenzlage wirkt sich schließlich auch auf den derzeit aktuellen Wissensstand aus, der wiederum zur thematischen Abgrenzung zwingt: Wenn von der galizischen Grenze gesprochen wird, so sollten unter optimalen Voraussetzungen beide Anrainer-Räume der Grenze gleichermaßen behandelt werden. Wie jedoch zuletzt bei der Sichtung der vorliegenden Forschungsergebnisse festgestellt wurde, ist die Situation etwa der Ukrainer des Russländischen Reiches bis heute nur punktuell erforscht, während für die Situation in Galizien eine Reihe guter Arbeiten vorliegt.<sup>11</sup> Dieses Ungleichgewicht wird sich zwangsweise auch auf die vorliegenden Betrachtungen auswirken müssen.

### Wie wirkte die Grenze auf die Lebenswelten der Betroffenen?

Der österreichische General Gabriel von Spleny hatte in der Zeit der Teilungen noch verlangt, die zu ziehenden Grenzen mögen »kennbar und so viel möglich marquirt, folglich von gewöhnlichen Gränzdisputen und Chicanen befreyt seyn«.<sup>12</sup> Tatsächlich blieb die sozio-ökonomische Homogenität des Raumes durch die Grenzziehung weitestgehend unbeeinträchtigt. Vor allem im Osten blieb das Land das 19. Jahrhundert hindurch daher agrarisch und von extensiver Wirtschaft geprägt; auch städtische Konzentration gab es kaum. Vereinzelt Neuerungen wie Entwicklungen in der Industrie und der Erdölgewinnung wurden erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts produktiv. Die Verwaltung war von vornherein stark an praktikablen Gesichtspunkten orientiert: Niedere polnische Beamte wurden im Zuge der österreichischen Machtübernahme in ihren Ämtern belassen, lediglich die höheren sofort suspendiert. Joseph II. hatte eine direkte Herrschaftsform durchgesetzt; das Land wurde folglich bis 1918 durch einen Statthalter regiert.

Den anfänglichen Bemühungen zur administrativen und ökonomischen Erfassung des Landes stand die zunehmende Marginalisierung Galiziens durch die Zentrale im Verlauf des 19. Jahrhunderts entgegen: Hatte Joseph II. die Region noch fünf Mal in nur eineinhalb Jahrzehnten besucht, so war Franz Joseph in seiner bekannt langen Regierungszeit (1848-1916) lediglich zweimal, in den Jahren 1850 und 1881, vor Ort in Lemberg [L'viv].<sup>13</sup> Seitens der russischen Zaren ist über eine Anwesenheit an der polnischen Peripherie ihres Imperiums lediglich eine Truppeninspektion durch Alexander I. bekannt.

Alltag und Lebenswelt an der galizischen Grenze korrespondierten mit den geografischen Grundlagen: Entsprechend den unklaren geografischen Verhältnissen gehörten Grenzkorrekturen – auch entlang der Flüsse bei verändertem Lauf – zum galizischen Alltag.

Für Güter, die durch die Grenze geteilt wurden, mussten Sonderregelungen zu den Zoll- und Grenzübertretsbestimmungen getroffen werden. Dies betraf zunächst die großen und

8 Pacholkiv, Svjatoslav: Das Werden einer Grenze: Galizien 1772-1867. In: Heindl, Waltraud/Saurer, Edith (Hg.): Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremden gesetzgebung in der österreichischen Monarchie 1750-1867. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2000, pp. 517-618, im Folgenden insbes. p. 520f., p. 533f., pp. 537-560.

9 Mark, Rudolf A.: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung-Kirche-Bevölkerung. Marburg: Herder-Inst. 1994 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 13), pp. 53-65.

10 Bachmann, Klaus: Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1907-1914). Wien: Verl. für Geschichte u. Politik 2001 (Schriftenreihe des österr. Ost- und Südost-europa-Instituts 25).

11 Kappeler, Andreas: Der schwierige Weg zur Nation. Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2003 (Wiener Archiv für die Geschichte des Slawentums und Osteuropas 20), p. 72.

12 Zit. nach Pacholkiv 2000, p. 541.

13 Wendland, Veronika: Die Russo-philien in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland, 1848-1915. Wien: ÖAW 2001 (Studien zur Geschichte der Österr.-Ung. Monarchie 27), p. 82, p. 175.



14 Kappeler 2003, p. 70.

begüterten Adelsgeschlechter, deren oft weiträumig verstreut gelegene Güter durch die neuen Grenzen seit 1772 zumeist in unterschiedlichen Herrschaftsgebieten lagen. Aber auch aus Perspektive der unmittelbaren Grenzansainer – waren sie nun adeliger oder bäuerlicher Herkunft – waren der Kleinhandel und Gütertransport im Grenzraum und über die Grenze von existenzieller Bedeutung; nicht selten wären die standardisierten Zollbestimmungen dabei ruinös gewesen. Die jeweiligen Lösungen, die schließlich für derartige Fälle – die sog. *sujets mixtes* – gefunden wurden, waren für die Rigorosität der josephinischen Maßnahmen – zu denen die Teilungen Polens u.a. gehörten –, untypisch. Es lag im Wesen derartiger Fälle, dass generelle oder endgültige Lösungen für sie implizit nicht möglich waren; die Behandlung und Handhabung der *sujets mixtes* wurde somit zu einem Teil des galizischen Alltages.

Gerade im westlichen Teil des Grenzverlaufes, wo der Fluss der Weichsel den Grenzverlauf einigermaßen offensichtlich machte, waren die Überlegungen zur Regelung eines kleinen Grenzverkehrs, also des Grenzverkehrs der unmittelbaren Grenz-Anrainerschaft, am weitesten fortgeschritten und in der Mitte des 19. Jahrhunderts bereits abgeschlossen. Seit 1857 war es allen Anrainern entlang der galizischen Außengrenze auf der österreichisch beherrschten Seite möglich, einen Passierschein für den lokalen Grenzverkehr zu bekommen. Eine erste Form von Netzwerken im unmittelbaren Grenzraum – und ihre Durchsetzung gegenüber der staatlich-administrativen Makroebene – wäre damit verortet.

Weitere Grenzen, die quer zur Imperiegrenze lagen und deren Vernetzung hier gezeigt werden soll, sind konfessionell-kulturell-ethnischer, jedenfalls aber binnenimperialen Natur. Vor dem Hintergrund der Nationenbildungsprozesse des 19. Jahrhunderts war Galizien nicht nur in ständige Bemühungen eingebunden, den polnischen Staat wiedererstehen zu lassen; das Land stand auch zunehmend unter sozialen (Adel vs. Bauernschaft, beginnende Industrialisierung) und damit konnotierten nationalen und konfessionellen (Polen vs. Ruthenen/Ukrainer) Antagonismen. Vor allem unter dem Vorzeichen der Letztgenannten stand der Beginn des 20. Jahrhunderts an der Grenze der Imperien Russland und Österreich-Ungarn.

Die Situation der sich im 19. Jahrhundert konstituierenden Ukrainer – oder in galizischer Terminologie *Ruthenen* – wurde zuletzt treffend als die einer großen Nation ohne Eigenstaatlichkeit<sup>14</sup> charakterisiert. Sie gingen zu Ende des 16. Jahrhunderts aus der ursprünglich orthodoxen Bevölkerung der polnisch-litauischen Republik hervor. Unter Beibehaltung ihrer ursprünglichen Kirchenhierarchie und der slawischen Liturgiesprache hatten sie sich in der *Union von Brest* des Jahres 1596 wieder an die Jurisdiktion des Vatikans gebunden. Diese sog. *Unierten* nationalisierten sich auf dem Gebiet Galiziens, da ihre Kirche im Russländischen Reich seit 1839 verboten war. Konsequenterweise profilierten sich zwei politische Richtungen: Die nach Russland orientierte Russophilie zum einen und die politisch an Galizien angelehnte Ukrainophilie zum anderen. Aus der Perspektive der imperialen Zentren war die zentrifugale Kraft von Selbstverständnis und Identität der neu entstehenden Nation unübersehbar.

### Umbrüche des Jahres 1918

Mit der Niederlage der Mittelmächte und des Russländischen Reiches im Jahr 1918 entstand ein neuer polnischer Staat. Die Großzügigkeit bei seiner territorialen Ausgestaltung ist dabei nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, dass die polnische Frage das 19. Jahrhundert hindurch als ein wesentlicher Teil der orientalischen Frage die europäische Mental Map mitgeprägt hatte. Polen hatte daher nach dem Ersten Weltkrieg die diplomatische und militärische Unterstützung des siegreichen Westens.

Die etwa 750 km lange galizische Grenze zwischen den kollabierenden Imperien Russland und Österreich-Ungarn wurde mit der Wiedererschaffung Polens im Jahr 1918 liquidiert.

### Wirkte die galizische Grenze nach den territorialen Umgestaltungen Ostmitteleuropas im Jahr 1918 weiter?

In den östlichen Gebieten der galizischen Grenze definierten sich um die Jahrhundertwende knapp drei Viertel der Bevölkerung als Ukrainer;<sup>15</sup> ihre mögliche Anziehungskraft auf große Teile der Bevölkerung jenseits der Grenze – also auf die ruthenische Bevölkerung des östlichen Galiziens – ist ebenso evident wie ein weiteres Netz konstituierendes Element: das Element der inneren Anziehungskraft von Netzen hinsichtlich ihrer Peripherie.

15 Wandycz, Piotr: *The Lands of Partitioned Poland, 1795-1918*. Seattle, London: Univ. of Washington Pr. 1974 (A History of East Central Europe 7), p. 247f.

16 Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine. München: Beck 2000, p. 165.

17 Cf. die Karte bei Davies, Norman: Im Herzen Europas. Geschichte Polens. München: Beck 2000, p. 107.

Gerade jenes Ereignis, das der Ukraine ihre Chance auf Unabhängigkeit geben sollte, stellte das Land »zwischen zwei Feuer«. <sup>16</sup> Mit der Februar-Revolution im Jahre 1917 begann der Unabhängigkeitskampf der Ukraine. Er erhielt bald auch eine soziale Dimension, als ukrainische Bauern die Güter polnischer und russischer Adeliger in Besitz – und damit ihre Probleme in die Hand nahmen. Daran schlossen sich Konfrontationen mit der sowjetischen Regierung und den kaiserlichen deutschen Truppen an, denen sich die ukrainische Regierung Anfang 1918 auf der militärischen und der diplomatischen Ebene geöffnet hatte.

Zum Konflikt mit Polen kam es schließlich wegen der mittlerweile entstandenen Westukrainischen Volksrepublik, die im Wesentlichen aus dem östlichen Teil Galiziens bestand. Die rumänischen und tschechoslowakischen Interventionen taten ein Übriges. Ohne auf die Pariser Friedensverträge näher eingehen zu müssen, genügt es, an dieser Stelle festzuhalten, dass gerade die hier untersuchten Grenzen und Gebiete chronologische Extreme der territorialen Neugestaltung Ostmitteleuropas konstituierten. War Westgalizien ohne größere Widerstände bereits im Jänner 1919 vom neuen polnischen Staat übernommen worden, so dauerte die Regelung im Fall von Ostgalizien bis 1923 und bedurfte eines Völkerbundscheides. Der Umstand, dass dieser auf 25 Jahre beschränkt war, sollte von den Ereignissen überholt werden: <sup>17</sup> Im Jahr 1948 war der Völkerbund Geschichte, und Polen wurde um ein Drittel seines Territoriums nach Westen verschoben.

Die Jahre nach 1918 hatten die hier fokussierte Region und besonders ihre östliche Hälfte stark in Mitleidenschaft gezogen. Der west-östlich gelegene Grenzraum zwischen den Imperien war zu einem nord-südlich verlaufenden – und somit zwischen Westen und Osten trennenden – Grenzraum zwischen nationalisierenden Ethnien geworden. Durch die Kriegshandlungen waren zudem die Verbindungen zwischen den Regionen einer möglichen, schließlich aber erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts realisierten Staatsnation wiederholt unterbrochen oder permanenten Veränderungen unterworfen worden. Gerade die Isolation – so ein möglicher Schluss für vorliegende Betrachtungen – verlieh aber der Region – und somit den informell-mikrostrukturellen Vernetzungen an ihren Grenzräumen – nach 1918 neue Bedeutung.

### Auf welchen Ebenen gab es Anknüpfungspunkte zur Vernetzung?

Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst die neuerliche Fokussierung des bäuerlichen Alltagslebens sinnvoll. Es blühten wirtschaftliche Kooperationsformen in Gestalt von Kredit-, Konsum- und Einkaufsgenossenschaften – nicht selten in Assoziation mit Lesezirkeln – seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts und vernetzten zusehends die Dörfer und kleinen Städte zum einen, sowie unterschiedliche soziale Schichten zum anderen. <sup>18</sup> Parallele Entwicklungen gab es mit geringer Phasenverschiebung in der ukrainischen Bauernschaft; hier existierten vor dem Krieg etwa 500 Kredit-, Konsum und Einkaufsgenossenschaften. <sup>19</sup> Viele Städte entlang der administrativen Grenzen verfügten hinsichtlich ihrer personellen und materiellen Ressourcen über Einzugsbereiche, die diese Grenzen überschritten. Bei Verknüpfung dieses Umstandes mit den angesprochenen Regelungen für den kleinen Grenzverkehr dürfen grenzüberschreitende wirtschaftliche Tätigkeiten angenommen werden. Daraus ergibt sich das Bild wirtschaftlich-gesellschaftlicher Netzwerke über die administrativen Grenzen hinweg.

Politisch vernetzten sich die agrarischen Gesellschaften Galiziens seit den 80er Jahren mit den Konservativen des Landtages. <sup>20</sup> Es darf dabei nicht vergessen werden, dass ein wesentliches Bindemittel dieser bäuerlich-dörflichen, gesellschaftlich integrativen Netzwerke der Antisemitismus, d.h. die politische und wirtschaftliche Kooperation/Koagitation gegen die als Konkurrenten und Feinde wahrgenommenen Juden war. Dennoch blieben die jüdisch dominierten Dorfschänken mit ihrer Funktion für die Distribution von Alkohol und zahlreichen weiteren Produkten des täglichen Bedarfs, mit ihrer Möglichkeit für Transport- und Verkehrsdienste und schließlich mit ihrem Austausch von Informationen <sup>21</sup> weitere Netzwerkknoten.

Zu den Zielen der bäuerlich-dörflichen Organisationsformen gehörte auch die Verdichtung des Schulnetzes, wobei die Limits der Tragfähigkeit des politischen Bündnisses mit den Konservativen offensichtlich werden. Immerhin stellte sich die Regierung offensiv – und effektiv – gegen eine Finanzierung des Schulwesens. <sup>22</sup> Auf der – in zweierlei Hinsicht – anderen Seite war gerade in der zum Russländischen Reich gehörenden Ukraine das staatliche Schulwesen schlecht ausgebaut. Dementsprechend schwach war die Anziehungskraft auf die sich ausbil-

18 Stauter-Halsted, Keely: The Nation in the Village. The Genesis of Peasant National Identity in Austrian Poland, 1848-1914. Ithaca, London: Cornell UP 2001, p. 115.

19 Hryniuk, Stella: Peasants with Promise. Ukrainians in Southeastern Galicia 1880-1900. Edmonton: Canadian Inst. of Ukrainian Studies Pr., Univ. of Alberta 1991, pp. 125-130; Pacholkiv, Svyatoslav: Emanzipation durch Bildung. Entwicklung und gesellschaftliche Rolle der ukrainischen Intelligenz im habsburgischen Galizien (1890-1914). Wien: Verl. für Geschichte u. Politik 2002 (Schriftenreihe des österr. Ost- und Südosteuropa-Instituts 27), pp. 244-255; Kappeler 2003, p. 75f.

20 Stauter-Halsted 2001, p. 122.

21 Haumann, Heiko: Juden in der ländlichen Gesellschaft Galiziens am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Löw, Andrea/Robusch, Kerstin/Walter, Stefanie (Hg.): Deutsche-Juden-Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hubert Schneider. Frankfurt, New York: Campus 2004 (Wissenschaftl. Reihe des Fritz-Bauer-Inst. 9), pp. 35-58, hier p. 39f.

22 Stauter-Halsted 2001, p. 122.

23 Miller, Alexei: Shaping Russian and Ukrainian Identities in the Russian Empire During the Nineteenth Century: Some Methodological Remarks. In: Jb. für Geschichte Osteuropas 49 (2001), pp. 257-263, hier p. 262.

24 Helmedach, Andreas: Das Verkehrssystem als Modernisierungsfaktor. Straßen, Post, Fuhrwesen und Reisen nach Triest und Fiume vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Eisenbahnzeitalter. München: Oldenbourg 2002 (Südosteuropäische Arbeiten 107), p. 92; zur Eisenbahnverbindung zwischen Krakau und Lemberg seit 1861 cf. Binder, Harald: Politische Öffentlichkeit in Galizien: Lemberg und Krakau im Vergleich. In: Hofmann, Andreas R./Wendland, Anna Veronika (Hg.): Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900-1939. Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallin und Triest. Stuttgart: Franz Steiner 2002 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 14), pp. 259-280, hier p. 267.

25 Kappeler 2003, pp. 78-81.

26 Kappeler 2000, p. 166.

27 Potocki, Alfred Antoni: Master of Lancut. The Memoirs of Count Alfred Potocki. London: W. H. Allen 1959; zu Potocki cf. auch Polski Słownik Biograficzny 27 [Wrocław et al.] (1983), p. 766ff.

28 Polski Słownik Biograficzny 28 [Wrocław et al.] (1984/85), p. 477ff., p. 81f.

denden nationalstaatlichen Kräfte<sup>23</sup> – Galizien blieb der Nukleus eines möglichen ukrainischen Staates.

Zumindest die Möglichkeiten der Vernetzung in Ostmitteleuropa waren ferner im Verkehrswesen gegeben; die Donau blieb die wichtigste Ader; die Weichsel hatte durch den Ausbau der Eisenbahn geringfügig an Bedeutung verloren. Das Eisenbahnnetz war generell auf die alten Imperiumszentren ausgerichtet – diese Entwicklung war bereits unmittelbar nach der Ersten Teilung Polen-Litauens von 1772 vorweggenommen worden, als Galizien zügig mittels des aufwendigen Baues von Chausseen an das Straßennetz der österreichischen Provinzen angehängt worden war.<sup>24</sup>

Führend unter den vernetzenden Institutionen sowohl der polnischen als auch der ukrainischen Nationalbewegung waren schließlich die entsprechenden Kirchen. In den polnischen bäuerlich-dörflichen Genossenschaften spielten Kleriker führende Rollen; die Ukrainer Galiziens hatten in der griechisch-katholischen – im Gegensatz zu denen des Russländischen Reiches – eine nationale Kirche. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatten die Zentrale Wien und die Region Galizien gleichermaßen die Verlegung des griechisch-katholischen Zentrums nach Galizien angestrebt; seit 1848 war die griechisch-katholische Geistlichkeit das zentrale Netzwerk einer entstehenden ukrainischen Nationalbewegung geworden. Erst gegen Ende des Jahrhunderts, mit der Transformation der ukrainischen Nationalbewegung zur Massenbewegung, ging die agitatorische Bedeutung der griechisch-katholischen Kleriker zurück.<sup>25</sup> Die neue Aufgabe der Ukrainer in Polen bestand daher seit 1918 darin, sich aus den Konfessionsgemeinschaften der Orthodoxen und der Unierten zusammenzufinden.

Gerade die Spitze der Unierten Kirche verfügte schließlich auch über die Mittel, ihre Interessen unmittelbar auf Makroebene zu vernetzen; so waren die Unierten Bischöfe Mitglieder des galizischen Landtages und meist auch des Herrenhauses in Wien.<sup>26</sup> Die somit angesprochene individuell-personelle Ebene der Vernetzung soll nun abschließend an einem Beispiel aus der polnischen Aristokratie untersucht werden.

### Ein skizziertes Fallbeispiel in drei Punkten

Ein geeignetes Fallbeispiel für die exemplarische Untersuchung von galizischer Vernetzung um das Jahr 1918 ist der letzte Vertreter des Łańcuter Zweiges der Familie Potocki, Alfred Antoni (1886-1958); seine publizierten Memoiren wurden hier ausgewertet.<sup>27</sup> Die Netzwerke, die Alfred Antoni Potocki mit- und ausbildete und in diesem Sinne verkörperte, lassen sich in drei Punkte gliedern:

### Politik und Gesellschaft

Die arrivierte politische und gesellschaftliche Stellung der Familie Potocki ermöglichte ihren Vertretern die Sicherung einer Reihe von politischen Ämtern und Funktionen und begünstigte somit eine nachhaltige innere Vernetzung. Neben dem Amt des Gouverneurs von Galizien hatten die Potockis auch ihre Positionen in den Gremien des Landes (Lemberg) und der Zentrale (Wien) gesichert. Roman war Mitglied sowohl des Landtages als auch des Herrenhauses, sein hier fokussierter Sohn Alfred Antoni wurde noch 1917 zum Mitglied des Herrenhauses ernannt.

In der Zwischenkriegszeit, nach der Konstituierung der Unabhängigkeit Polens, konnten Alfred Antoni, sein Bruder Jerzy und sein Cousin Józef<sup>28</sup> sich Ämter in der Außenpolitik und im diplomatischen Dienst – und somit die alte Vormachtstellung der Familie – sichern.

In sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht wurde das restaurierte und ausgebaute Familienschloss in Łańcut in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs zu einem gesellschaftlichen Zentrum im gesamtmonarchischen Maßstab. Neben den Spitzen der polnischen Aristokratie und der diplomatischen Szene ließen sich auch Kaiser Franz Joseph und Thronfolger Franz Ferdinand hier sehen.

Aber auch in internationalem Maßstab war das Potocki'sche Netzwerk informell-gesellschaftlicher Verbindungen durchaus mit dem eines kleinen Staates vergleichbar: Noch 1914, unter denkbar gespannten politischen Vorzeichen, konnte Alfred Antoni in Paris gesellschaftlichen Kontakt zum russischen Großfürsten Boris herstellen; den gesamten Ersten Weltkrieg hindurch konnte er es ermöglichen, über die spanische Botschaft Kontakt zu seinen Familienangehörigen in St. Petersburg aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus vernetzte Alfred Antoni seine Interessen und Aktivitäten auch nach der Wiederersterhebung Polens in Klubs und gesellschaftlichen Organisationen, etwa im *Polnischen Politischen Klub* in Krakau [Kraków], in der *Landwirtschaftlichen Gesellschaft* oder im Malteserorden.

### Wirtschaft und Verkehr

Auf Ebene der Familienbesitze blieben die Teilungen im 19. Jahrhundert nahezu ohne unmittelbare Auswirkungen für die sozialen und gesellschaftlichen Stellungen der Betroffenen. Für einen Fall wirtschaftlicher Vernetzung stellen die Besitzungen der Familie Potocki wegen ihres Umfangs und besonders auch wegen ihrer starken räumlichen Streuung ein geeignetes Beispiel dar. Um derartige Verwaltungsaufgaben zu bewerkstelligen, mussten Familien-, Heirats- und Klientelnetzwerke geschaffen werden, die in allen drei polnischen Teilungsgebieten und gelegentlich darüber hinaus wirksam waren. Alfred Antonis Vater, Roman, besaß Güter in Galizien (Łańcut, Lemberg) und im Russischen Reich (Gouvernement Podolien), darüber hinaus sicherte er sich in erster Ehe Potocki'schen Besitz im preußischen Teil (Pommern). Alleine die galizischen Besitzungen bestanden aus 104 Gütern im Gesamtumfang von etwa 50.000 ha und bildeten den zweitgrößten Besitz in Galizien.

Gesellschaftliches Verhalten bedeutete in Alfred Antoni Potockis Perzeption über den Umgang mit der Aristokratie und auf dem diplomatischen Parkett hinaus auch den Anspruch, als Landbesitzer zu allen Schichten der ruralen Bevölkerung, speziell zu den Bauern, Kontakt zu haben und zur ökonomischen Kooperation mit den Bauern ebenso beizutragen wie zu ihrer Nationalisierung. Vorbehaltlich seiner guten Meinung von sich selbst, die aus seiner Autobiografie deutlich wird, ist diese Äußerung nachvollziehbar. Angesichts des Umstandes, dass er auch Besitzungen im ukrainischen Gebiet auf Russländischem Territorium hatte, kann auch seine wirtschaftliche Tätigkeit als Netzwerk schaffend im grenzüberschreitenden Sinne verstanden werden.

Alfred Antoni Potocki, der seit 1923 seine politischen Ambitionen hinter seine wirtschaftlichen Interessen zurückstellte, sah sich als Motor und Träger von Wirtschaftsmaßnahmen des neuen, vereinigten, die Impulse des 19. Jahrhunderts verarbeitenden Polen. Zu diesem Schritt hatte ihn wohl auch die zwei Jahre zuvor angetretene Erbschaft eines entfernten Verwandten ermutigt. Er betrieb die integrative Arbeit mit traditionellen und innovativen Wirtschaftsformen: Getreideerträge und -überschüsse wurden in der Schnaps- und Likörherstellung verwendet. Das Vermögen wurde darüber hinaus gefördert durch Erdölförderung in Galizien, Kohlenförderung in Galizien und Polen, Ziegeleien und Keramikindustrie, ferner war er Teilhaber schlesischer Bergwerksunternehmen.

Abgesehen von seiner offensichtlich vorhandenen wirtschaftlichen Begabung verfügte er somit – im Gegensatz zum Staat – über das dafür notwendige materielle und gesellschaftliche, horizontale und vertikale Netzwerk. Der aus polnischer Sicht optimistisch stimmenden Situation des Jahres 1918 stand die wirtschaftliche Realität entgegen; so beklagte Alfred Antoni, dass seine Vermögenssituation nach dem Ersten Weltkrieg bedeutend schlechter wurde. Das Interesse an den Ölquellen Ostgaliziens war aber ebenso ein Impuls wie seine Bodenreformen und sein Engagement beim Ausbau des Eisenbahnnetzes. Bei seiner Selbstdarstellung als vorbildlicher Grundherr fällt seine selbstbeschönigende Tendenz besonders stark ins Auge: Er akzentuiert zwar seine eifrige Teilnahme an der Bodenreform von 1918, die Streiks auf seinen Gütern 1933 bleiben jedoch in der Autobiografie unerwähnt.

29 Bachmann 2001, pp. 132-138.

### Generationen

Seit dem 18. Jahrhundert gehörten die Potockis zu den bestsituierten Familien Polen-Litauens und Galiziens. Alfred Antonis Vorfahren spiegeln die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten, aber auch die ethnischen und sozialen Spannungen der Region anschaulich wider: Sein Großvater Alfred, der Statthalter von Galizien, hatte das enorme Vermögen der Familie weitgehend mitbegründet; dessen Amtsnachfolger gleichen Familiennamens, Andrzej Potocki, war 1908 von ruthenischen Nationalisten ermordet worden.<sup>29</sup>

Diese Verankerung in den genealogischen Netzwerken der galizischen Oberschicht wurde durch die Erziehung unterstützt, die ihrerseits die weitere Knüpfung von Kontakten ermög-

30 Förster 2000, p. 30.

31 Haslinger 2000, p. 61

lichte; Bildung war daher ein wesentlicher und grundlegender Faktor der gesellschaftlichen Netzwerkformierung. Die wichtigsten Mitglieder des polnischen Adels – somit auch Alfred Antoni Potocki – studierten im Reichs- und Landeszentrum, also in Wien und Lemberg; viele Potockis darüber hinaus in Oxford.

Auch in reiferen Jahren betrieb Alfred Antoni die vernetzende Arbeit zwischen den Generationen und ihren Vorstellungen; noch 1938 wurde er zum Ehrenmitglied der galizisch-konservativen Jugendorganisation der *Falken* [*sokof*] ernannt. Seine Vernetzungen konnten die aristokratisch dominierte polnische Gesellschaft jedoch letztlich genauso wenig retten wie sein persönliches Vermögen; sein kinderloser Tod 1958 machte den polnischen Staat zu Alfred Antonis unumstrittenem Gesamterben.

Alfred Antoni Potocki wurde als ein metonymisches Beispiel von Vernetzung an der galizischen Grenze vorgestellt: Seine Stellung entsprach horizontal einem Knotenpunkt der aristokratischen und politischen Gesellschaft Europas (Russland, Spanien, England, Frankreich) und vertikal einem Knotenpunkt seiner ökonomischen Unternehm(ung)en.

Über das neue und neu zu vernetzende Ostmitteleuropa und seine vermeintliche Rückkehr in die scheinbar prädestinierte Mitte eines immer weiträumiger verstandenen Europa ist viel gesagt und geschrieben worden. In erster Linie sind es selbstverständlich noch immer die neuen Grenzen, deren Öffnung/Auflösung die Wahrnehmung des Raumes prägen. Eben diese neuen Grenzverhältnisse lassen eine Rückkehr zu den vorsozialistischen Raummustern v.a. in Ostmitteleuropa zu;<sup>30</sup> es ist somit politisch wieder möglich, Regionen unterhalb der Staatenebene und die Transparenz von deren Grenzen wahrzunehmen, sich somit von der letztlich nationalstaatlichen Perspektive des 19. Jahrhunderts zu lösen.<sup>31</sup> Als kulturwissenschaftlicher Impuls wird dieser Umstand nicht zuletzt wegen der deutlichen Verbesserung der Forschungsmöglichkeiten bereits seit geraumer Zeit genutzt und hat sich als fruchtbar erwiesen. Von einer Erschöpfung oder auch nur Auslotung möglicher Themen- und Fragestellungen kann somit keine Rede sein.

Ass.-Prof. Dr. Christoph Augustynowicz, geb. 1969 in Wien, Studium der Geschichte und Russistik,

Dissertation: *Die Kandidaten und Interessen des Hauses Habsburg in Polen-Litauen während des Zweiten Interregnums 1574-1576*. Habilitationsprojekt: *Sandomierz als polnisch-galizische Grenzstadt 1772-1844*.

Kontakt: christoph.augustynowicz@univie.ac.at